

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

*W. Schirmer*  
Hannover, 21.11.46

## Neues Kabinett in Niedersachsen

Die Bildung der ersten Regierung des Landes Niedersachsen ist noch nicht abgeschlossen. Wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, werden aber die Ministerpräsidenten der Länder Oldenburg und Braunschweig in die neue Landesregierung Niedersachsen eintreten. Der bisherige Ministerpräsident von Braunschweig, Alfred Kubel, wird als zukünftiger Wirtschaftsminister genannt, der bisherige Ministerpräsident von Oldenburg, Tanzen, als künftiger Verkehrsminister.

Der bisherige Minister für Wirtschaft des Landes Hannover, Dr. Ernst Nölting, hat das Angebot erhalten, die Leitung des Wirtschaftspolitischen Referates im Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu übernehmen. Nölting würde damit an die Spitze der wirtschaftspolitischen Arbeit der SPD für das gesamte Reichsgebiet treten. (n/Bl/2111/2/j)

## Franzosen verweigern Ausweise

Die Militärregierung in der französisch besetzten Zone Deutschlands hat die Genehmigung für die Teilnahme des Mitgliedes des Vorstandes der SPD Franz Bögler aus Neustadt a.d. Haardt an der Delegation der SPD nach Gross-Britannien verweigert. Bögler war ebenso wie Dr. Victor Agartz nachträglich der zunächst aus vier Mitgliedern bestehenden Delegation zugeordnet worden. Wenn die französischen Behörden ihre Entscheidung nicht revidieren, wird die Delegation, wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" mitteilt, nur aus fünf Mitgliedern bestehen. (n/Bl/2111/2/j)

## Aussenpolitischer Ausschuss der SPD

Der Parteivorstand der SPD hat beschlossen, einen Ausschuss für Aussenpolitik einzusetzen und ihn mit der Vorbereitung aller Fragen und Angelegenheiten zu befassen, in denen eine Stellungnahme der SPD zu aussenpolitischen Vorgängen erforderlich erscheint. Der Ausschuss wird jedoch nur aus einer geringen Zahl von Mitgliedern bestehen und sich eines grösseren Kreises von Mitarbeitern bedienen. Ueber die Zusammensetzung des Ausschusses sind, wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, noch keine Beschlüsse gefasst worden. (n/Bl/2111/2/j)

## Entnazifizierung endgültig

Aus allen Teilen des Reiches haben sich die Klagen über eine mangelhafte und ungerechte Entnazifizierung nur noch vermehrt. Der Parteivorstand der SPD hat deshalb beschlossen, Richtlinien ausarbeiten zu lassen, die eine endgültige Entnazifizierungsvorschrift geben sollen und hat eine Kommission mit der Ausarbeitung der Richtlinien beauftragt. Die Massnahmen zur politischen Bereinigung sollen die wirklich Verantwortlichen treffen und nicht die in Stadt und Land zahlreichen Mitläufer oder Anhänger Hitlers. Die Entnazifizierung soll beschleunigt und sobald wie möglich abgeschlossen werden. (n/Bl/2111/2/j)